

Hochschulspaltung von Staats wegen

Forschungsrating des Wissenschaftsrats

Studis Online: *Der Wissenschaftsrat, der wohl bedeutendste Berater der Bundesregierung im Wissenschafts- und Hochschulbereich, will sein bislang lediglich im Pilotbetrieb getestetes sogenanntes Forschungsrating auf praktisch sämtliche Fächer der Geistes-, Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie die Medizin ausweiten¹. Das beschloss das von Bund und Ländern getragene Gremium in der Vorwoche bei seiner Herbsttagung in Mainz. Das Ganze ist auch eine Art Kampfansage an die Konkurrenz. Man hoffe, damit andere Rankings vom Markt zu verdrängen, meint der Ratsvorsitzende Wolfgang Marquardt. Wie stehen die Chancen, dass es so kommt?*

Michael Hartmann: Nicht besonders gut. Die auf dem Markt befindlichen Rankings sind in puncto Ansatz, Stoßrichtung und Adressatenkreis allesamt sehr unterschiedlich konzipiert. Ein Forschungsrating, wie es der Wissenschaftsrat betreibt, existiert in Deutschland eigentlich kein zweites Mal, seit das CHE sein eigenes Forschungsranking 2009 eingestellt hat. Rankings, die eventuell vergleichbar wären, sind die von diversen Wirtschaftszeitungen und -magazinen. Diese beziehen sich jedoch zumeist ausschließlich auf die Wirtschaftswissenschaften und interessieren sich neben der Forschungsqualität beispielsweise auch für die Berufschancen der Absolventen. Außerdem ist die Erhebungsbasis oft sehr beschränkt, weil lediglich Manager von Konzernen und Unternehmen dazu befragt werden. Wen also will der Wissenschaftsrat mit

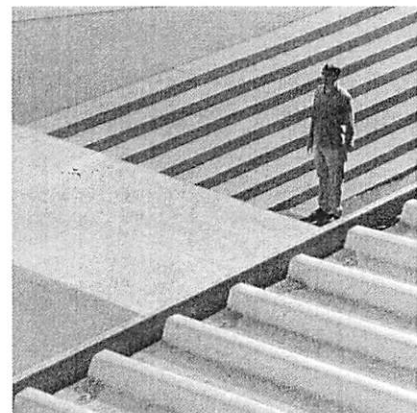
seinem Rating verdrängen, wenn es an direkten Konkurrenten schlicht fehlt?

Was ist mit dem hierzulande bekanntesten vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), dem Bertelsmann-Ableger aus Gütersloh. Das CHE-Ranking hat ja wegen seiner zweifelhaften Methodik einen inzwischen ziemlich schlechten Ruf weg und immer mehr Hochschulen und Fachbereiche wenden sich davon ab². Der Wissenschaftsrat hat sich dagegen eine »wissenschaftsgeleitete, methodisch anspruchsvolle und aussagekräftige Bewertung von Forschungsleistungen« auf die Fahnen geschrieben. Ist das in Ihren Augen zu leisten?

Auch da bin ich äußerst skeptisch. Es bestehen einfach keine objektiven Maßstäbe, nach denen sich wissenschaftliche Leistungen bewerten ließen. Es gibt nur ganz wenige Dinge, von denen die Fachwelt einhellig sagen würde: Ja, das ist eine echte Errungenschaft. Bei vielem anderen gehen die Meinungen weit auseinander, was Qualität ist und was nicht. Außerdem bewegt sich Wissenschaft nicht im luftleeren Raum. Ihre Untersuchungsgegenstände und Anschauungen stehen unter dem Einfluss gesellschaftlicher Entwicklungen sowie politischer und ökonomischer Machtverhältnisse. Was in einer Phase als besonders innovativ gilt, kann schon bald wieder überholt sein, weil der Zeitgeist sich gewandelt hat.

Können Sie ein Beispiel dafür geben?
Nehmen wir nur die sogenannte Exzellenzinitiative zur Förderung von Spitzen-

Noch ein Ranking mehr. Der Wissenschaftsrat will sein sogenanntes Forschungsrating, das bisher nur im Testbetrieb lief, als Vollversion an Deutschlands Hochschulen an den Start bringen. Ausdrücklich soll damit auch der privaten Konkurrenz das Wasser abgegraben werden. Der Eliteforscher Michael Hartmann hat daran seine Zweifel und hält auch sonst nichts von der grassierenden »Vergleicherritis«. Im Gespräch mit Ralf Wurzbacher für Studis Online beklagt der Soziologe das Schwimmen im Mainstream, den schleichenden Tod der Theorien sowie die Trennung in Hui und Pfui.



forschung³. Wer als Wissenschaftler mit der Gen- und Hirnforschung befasst ist, hatte bei der Antragsbewilligung ungleich bessere Chancen, zum Zug zu kommen als der ganze große Rest der Disziplinen. Dahinter steht gegenwärtig eben ein großes Versprechen für die Menschheit, vergleichbar mit der sogenannten Künstlichen Intelligenz in den 1980er Jahren. Auch dafür wurde damals sehr viel Geld locker gemacht, das meiste davon unnötigerweise, was man aber erst im Nachhinein erkannte. Dazu kommt, dass jede Disziplin von einem dominanten Mainstream durchdrungen ist. In den Wirtschaftswissenschaften ist das zum Beispiel seit langem der angebotsorientierte, neoliberale Ansatz, der praktisch alle Publikationen, Fakultäten und Berufungskommissionen beherrscht. Wenn man abseits dieser Glaubenslehre Ideen formuliert – und mögen sie noch so brillant sein – ist die Wahrscheinlichkeit, damit Aufmerksamkeit zu erregen, indem man etwa Fördermittel bewilligt bekommt oder Veröffentlichungen in renommierten Zeitschriften erreicht, außerordentlich gering. Und solche Gesetzmäßigkeiten sind quer durch alle Wissenschaftsbereiche zu beobachten, mal stärker, mal schwächer ausgeprägt.

Zurück zum CHE-Ranking. Verstehen Sie Ratschef Marquardt nicht auch so, dass er vor allem den Güterslohern den Kampf ansagt?

Das mag schon sein und hat vielleicht auch damit zu tun, dass das CHE-Ranking unter dem Namen »U Multirank« im Auftrag der EU auf ganz Europa ausgeweitet werden soll. Ziel ist es, eine schlagkräftige Konkurrenz zum international tonangebenden Shanghai-Ranking aufzubauen. Gelingt dies, würde das den Einfluss des CHE natürlich erheblich vergrößern. Dem Wissenschaftsrat ist es vermutlich nicht unangenehm, dass eine Reihe von Fachgesellschaften aus dem CHE-Ranking ausgestiegen ist. An die Kritiker geht jetzt das Signal: Seht her, wir machen ein besseres, wissenschaftlich sauberes Ranking unter staatlicher Hoheit – kommt doch zu uns. Trotzdem gilt: Das CHE-Ranking hat abseits aller methodischen Mängel eine ganz andere Zielgruppe. Es soll auch und vor allem Studierenden Orientierung bieten bei der Wahl ihres Studienfachs und ihrer Hochschule. Das Forschungs-

rating spielt sich auf einer ganz anderen Ebene ab, ein Vergleich zwischen beiden gleicht dem zwischen Äpfeln und Birnen.

Würden Sie trotzdem sagen, beim Forschungsrating wird gewissenhafter gearbeitet?

Insgesamt ja. Der Aufwand ist ohne Frage ungleich größer. Beim CHE-Ranking gibt es Kriterien, die absolut nicht einsichtig sind. So wird zum Beispiel in der Soziologie höchster Wert auf die Methodenausbildung gelegt, während die Theorieausbildung völlig außen vor bleibt. Angesichts der mitunter sehr geringen Zahl an Befragten erscheint die Erhebung auch nicht wirklich repräsentativ. Das alles macht der Wissenschaftsrat sehr viel besser. Die Kehrseite davon ist allerdings, dass dies für die teilnehmenden Institutionen einen enormen Arbeits- und Zeitaufwand mit sich bringt.

Sie kennen das Forschungsrating aus eigener Anschauung, das soziologische Institut der TU Darmstadt war bei dem Pilotbetrieb beteiligt. Was genau wurde dabei ermittelt und wie?

Das Verfahren ist kompliziert, es würde den Rahmen sprengen, das alles im Detail zu schildern. Es wurden auf jeden Fall eine Menge Daten erhoben und die Bewertung der Leistungen oblag fast ausschließlich Leuten vom Fach. Den finalen Beschluss, wie eine Bewertung ausfällt, traf eine 16-köpfige Expertengruppe. Maßgeblich waren dabei sechs Kriterien: Die Forschungsqualität anhand von Drittmitteln und Veröffentlichungen; der Einfluss auf die Fachwissenschaft; die Effizienz beim Umgang mit den verfügbaren Forschungsmitteln; die Nachwuchsförderung; der Transfer in andere gesellschaftliche Bereiche; Wissensvermittlung und -verbreitung. Für jedes dieser Kriterien wird eine Note auf einer Skala von eins bis fünf vergeben ...

Wobei auf eine Gesamtnote ausdrücklich verzichtet wird ...

Richtig, bei all dem soll am Ende nicht ein plakatives Ergebnis herauskommen, sondern eine differenzierte Bewertung der verschiedenen Leistungen. Das ganze Prozedere ist ein gewaltiger Kraftakt. Ich musste meine Kollegen anhalten, ihre Veröffentlichungen zu sichten und einzureichen, dann musste ich eine Aus-

wahl treffen, dann mussten Daten über Promotionen, über Drittmittel und vieles mehr zusammengetragen werden. Man hat allerhand zu tun und investiert Energien, die dann an anderer Stelle, wo sie vielleicht nötiger gebraucht werden, fehlen.

Hat das Vorgehen aus Ihrer Sicht noch andere Haken?

Die vermeintliche Stärke des Ansatzes, nämlich der große Kriterienkatalog, hat sich zugleich als seine Schwäche entpuppt. Weil sich wissenschaftlicher Ertrag eben nicht objektiv messen lässt, stand zum Abschluss der entscheidenden Sitzung nur so etwas wie der kleinste gemeinsame Nenner. Man hat sich die Kriterien herausgegriffen, die sich noch am leichtesten messen lassen. Dazu zählen zuvorderst Veröffentlichungen in den Peer-Reviewed Journals als vermeintlich sicherster Maßstab für wissenschaftliche Qualität sowie die Generierung von Drittmitteln. Vieles andere wie zum Beispiel Buchveröffentlichungen wurde am Ende praktisch nicht gewürdigt, weil es keine Einigkeit gab, wie man das bewerten soll. Aus demselben Grund sind die Kriterien fünf und sechs, also der Transfer in andere Gesellschaftsbereiche und Wissensvermittlung, viel größer bewertet worden. Im Grunde wiederholt sich beim Forschungsrating das, was wir schon von der Exzellenzinitiative kennen. Forschung wird nach den üblichen Maßstäben – Drittmittel, Sichtbarkeit in den exponierten Fachzeitschriften – begutachtet und bewertet. Wer hier etwas vorzuweisen hat, gilt als exzellent. Was dagegen am Mainstream und am Zeitgeist vorbeigeht, fällt durch oder wird mit Missachtung gestraft.

Was zum Beispiel?

Bei mir im Institut war damals ein Kollege in verschiedenen Projekten mit Landesministerien und Gewerkschaften befasst. Das alles ist deutlich abgewertet worden, obwohl man gesellschaftliche Einflüsse auf dieser Ebene sehr wohl auch als wichtig erachten könnte. Nicht ganz zufällig mit am besten hat in der Soziologie das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) abgeschnitten. Das ist eine alljährliche Wiederholungsbefragung unter 12.000 Privathaushalten in Deutschland, deren Macher eine Abteilung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) innehaben. Das DIW hat

nicht nur eine eigene Zeitschrift mit peer review, wo die Ergebnisse regelmäßig veröffentlicht werden, sondern das SOEP hat auch den Vorzug, dass es sich methodisch sehr ausgefeilt allein mit quantitativen Projekten mit großen Zahlen beschäftigt. Die Forscher leisten dort durchaus gute Arbeit. Das will ich gar nicht bestreiten. Dennoch stört mich die Bewertung als besonders exzellente Forschung. Wenn das nämlich das Nonplus-ultra soziologischer Forschung sein soll, haben Leute, die sich zum Beispiel mit kritischer Theorie und Ideengeschichte befassen, deutlich geringere Chancen auf eine gute Bewertung. Wir erleben hier eine Engführung von Wissenschaft, die in allen Bereichen zu beobachten ist und durch Rankings, egal welcher Art und Güte, forciert wird.

Für Sie ist das Forschungsrating also keinesfalls die Negation des klassischen Rankings, wie der Wissenschaftsrat dies darzustellen versucht?

Auch wenn hier sauberer gearbeitet und eine Klassifikation in Hui oder Pfui vermieden wird, gilt doch: Durch die Übergewichtung der am besten quantifizierbaren Kriterien nimmt die Breite der Wissenschaft nachhaltiger Schaden. Vorne landet, wer die meisten Fördergelder einheimst und in den renommierten Zeitschriften veröffentlicht. Und wer einmal gut gerankt wird, schafft es leichter zu weiteren Drittmitteln und Veröffentlichungen – und damit wieder an die Spitze beim nächsten Ranking. Das ist ein sich ständig verstärkender Effekt.

Was haben eigentlich Studierende von diesem Forschungsrating?

Meines Erachtens so gut wie gar nichts. Für Studienneulinge ist es weitgehend irrelevant, welche Forschungsqualität eine Institution hat. Umgekehrt gilt inzwischen sogar vielfach, dass eine hohe Rankingposition in der Forschung mit einer minderen Qualität der Lehre einhergeht. Im Rahmen der Exzellenzinitiative haben sich tatsächlich viele der Prämiierten ihre Lehrdeputate reduzieren lassen. Das ist in den USA längst gang und gäbe. Dort halten sich die meisten Professoren mit Rang und Namen weitgehend aus der Lehre im Undergraduate-Studium heraus, um sich mehr auf die Forschung konzentrieren zu können. Interessant wird ein Forschungsrating eigentlich erst für jene Studierenden, die

eine Promotion anstreben. Das sind aber bekanntlich eher wenige.

Wem dann bietet das Rating Orientierung?

Vor allem den Hochschulleitungen, damit sie sehen, wie und wo sie sich in der Forschung »verbessern« müssen. Schneidet beispielsweise die Chemie im Rating besser als die Soziologie ab, kann das in der Tendenz dazu führen, dass die Chemie zum Nachteil der Soziologie weiter gepöppelt wird, oder manchmal vielleicht auch umgekehrt. Auf lange Sicht werden so die Hochburgen gestärkt und die scheinbar schwachen Gebiete peu à peu ausgedünnt. Nach demselben Muster werden auch die Kultusminister, die Wissenschaftsstiftungen und die Wirtschaft ihre Gelder auf die konzentrieren, die beim Forschungsrating oben mitmischen. Im Verteilungskampf um die knappen Mittel und unter den Vorzeichen der sogenannten Profilbildung wird sich die Spaltung in Gewinner und Verlierer sowohl hochschulintern als auch hochschulübergreifend weiter zuspitzen. Und der Wissenschaftsrat ist fraglos angetreten, diese Tendenzen zu forcieren, auch wenn er das so offen nicht zugibt.

Immerhin geht hier Evaluation von staatlicher Seite aus und nicht von Wirtschaftsvertretern, wie etwa dem CHE, das ja von der Bertelsmann Stiftung gesponsert wird. Macht das die Sache nicht besser?

Das CHE ist ja auch kein direkter Wirtschaftsakteur. Seinen großen Einfluss verdankt es genaugenommen erst dem Umstand, dass mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eine quasi staatliche Institution bei ihm eingestiegen ist. Das CHE hat seine Methodik in den vergangenen Jahren in Teilen weiterentwickelt, anders als die internationale Konkurrenz – allen voran das Shanghai-Ranking – verzichtet es auch auf Hochschulranglisten. Es grenzt sich zudem von besagten Rankings von Wirtschaftszeitungen ab, die ganz eindeutig von ökonomischen Interessen geprägt sind. Das heißt, eine Opposition im Sinne von Staat gegen Privat lässt sich bei der Betrachtung von Forschungsrating und CHE-Ranking nicht erkennen. Vielmehr ist es so, dass die grundlegenden Probleme von Rankings und deren schwerwiegende Folgen aus meiner Sicht beide

Akteure gleichermaßen zu verantworten haben.

Die »Vergleicheritis« im deutschen Hochschulwesen steht ja nun schon seit Jahren hoch im Kurs. Hätte es also eines weiteren Rankings gar nicht bedurft, nicht einmal eines von Staats wegen?

Meines Erachtens ist dieses Forschungsrating methodisch besser als alle anderen. Nichtsdestotrotz treibt es wie alle anderen auch die Hierarchisierung innerhalb der deutschen Hochschullandschaft, wie sie seit der Jahrtausendwende vorstattengeht, weiter voran. Es herrscht ein klares Primat sogenannter Spitzenforschung, das vorgibt, was an einer Hochschule belohnt wird und was nicht. Andere mögliche Kriterien wie gute Lehre oder gute Integration von Studierenden aus bildungsfernen Bevölkerungskreisen spielen kaum eine Rolle. Wer sich diesem Trend nicht anpasst, wird abgestraft und fällt beim Rating als Verlierer durch. Fakt ist: Auf diesem Wege wird die vertikale Differenzierung zwischen den Hochschulen weiter befördert.

Anmerkungen

1) <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3409-13.pdf>.

2) <http://www.studis-online.de/HoPo/art-1431-che-ranking-soziologen.php>.

3) <http://www.studis-online.de/HoPo/art-1422-exzellenzinitiative2012.php>.

Unser Interviewpartner, Michael Hartmann, ist Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Er forscht über Eliten, Globalisierung und nationale Wirtschaftskulturen und über Hochschulsysteme im internationalen Vergleich. Hartmann versteht sich selbst als Sozialist und Kritiker der deutschen Gegenwartsgesellschaft.

Der vorliegende Beitrag ist erstmals digital am 01.11.2013 auf Studis Online (<http://www.studis-online.de/HoPo/art-1582-forschungsrating-ausweiten.php>) erschienen. Wir bedanken uns bei der Redaktion für die Nachdruckgenehmigung und verweisen gerne auf dieses interessante hochschulpolitische Online-Portal, mit dem der BdWi seit langem zusammenarbeitet.

Nachrichten

aus Wissenschafts- und Hochschulentwicklung

Studiengebühren endgültig abgeschafft – oder doch noch nicht ganz?

Als letztes Bundesland von ehemals sieben schafft Niedersachsen Studiengebühren in Höhe von 500,- Euro pro Semester ab. Dies beschloss der Landtag Mitte Dezember 2013 mit seiner einen Stimme Mehrheit, über die die rot-grüne Landesregierung dort verfügt. Der Beschluss ist allerdings erst ab dem Wintersemester 2014/15 wirksam. Die Gebühren für sog. Langzeitstudierende, die 2003 auf Initiative des damaligen niedersächsischen Wissenschaftsministers (und heutigen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion) Thomas Oppermann eingeführt wurden, werden allerdings trotz vielfältiger Proteste beibehalten. Also kein Grund, sich zurück zu lehnen. Zumal sich die amtierende Wissenschaftsministerin der Großen Koalition, Johanna Wanka (CDU), mehrfach für die Wiedereinführung von Studiengebühren – diesmal bundesweit – ausgesprochen hatte (vgl. Forum Wissenschaft 3-2012: 42) – wegen der Schuldenbremse.

Uni Frankfurt ohne Turm – Hochschulreform gesprengt

Besonders schön war er ja nie – aber immer mehr als nur eine Zweckarchitektur. Auf dem Campus Bockenheim 1973 eröffnet, war er mit 116 Metern Höhe damals das höchste Gebäude der Stadt – und zugleich das architektonische Symbol für Bildungsreform, Hochschulexpansion und kritische Wissenschaft. »Der Turm« beherbergte die Erziehungs-, Politik- und Sozialwissenschaften als weitgehend regel- und kontrollfreier Raum. Er konnte die herandrängenden neuen Studierendengenerationen bald kaum noch fassen, so dass die sechs Aufzüge ständig überfordert waren. Zugleich konnte man diese mit wenigen Menschen leicht blockieren, um so den gesamten Betrieb in den diversen Streiks der letzten 40 Jahre lahm zu legen und sich den Raum für alternative Veranstaltungen und autonome Seminare einfach zu nehmen. Dies häufig – oder sogar in der Regel – in Kooperation mit den vielen linken DozentInnen. Da sich die Universität Frankfurt seit längerer Zeit in enger Zusammenarbeit mit Drittmittelgebern, Banken und mit dem profilbildenden Schwerpunkt Finanzwissenschaften entwickelt, wurde dies alles irgendwann nicht mehr gebraucht. Als wir dann am 2. Februar 2014 in der Tagesschau den Einsturz des Turms mithilfe von 950 Kilo Sprengstoff betrachten konnten, war das für viele mehr als nur eine technische Maßnahme. Eher das Ende einer Ära.

Mehr ProfessorInnen – aber immer schlechtere Betreuungsverhältnisse

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lehrten 2012 insgesamt 25 975 ProfessorInnen an deutschen Universitäten, 291 mehr als ein Jahr zuvor. Mit dem Wachstum der Studierendenzahlen konnte diese geringe Steigerung allerdings nicht

Schritt halten. Das ist seit vielen Jahren dasselbe. Diese Zahl ist im gleichen Jahr um 70 Tsd. gestiegen. Das bedeutet 2012 insgesamt 64 Studierende pro HochschullehrerIn (2011: 63, 2010: 60). Und immer so fort...

Deutschlandstipendium als Dauerflop – Beschwerde des Bundesrechnungshofes

Nun hat sich auch der Bundesrechnungshof über Anette Schavans ehemaliges Lieblingsprojekt der »Elitenförderung« beschwert, welches nie so recht in Gang kam. Die Verwaltungsausgaben seien unverhältnismäßig hoch. Lediglich 60 Prozent der Bundesmittel, die in den Jahren 2010 bis 2012 in das Deutschlandstipendium flossen, kämen den Studierenden in Form von Stipendien unmittelbar zugute. Für die hohen Verwaltungskosten seien nicht zuletzt die Werbekampagnen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verantwortlich. Fünf Werbeagenturen arbeiteten bis Ende 2013 an »Mediastrategien« für das Deutschlandstipendium, bei dem sich der Bund und private Förderer die Kosten für die monatliche Förderung von 300 Euro für jedeN StudierendeN teilen.

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Union darauf verständigt, in Zukunft zwei Prozent der Studierenden ein Deutschlandstipendium zukommen zu lassen. Ursprünglich sollten es acht Prozent sein. Jetzt will die SPD auf eine Senkung der Verwaltungskosten drängen. Letztlich solle aber auch die Berechtigung des gesamten Programms kritisch geprüft werden.

Frauen in der Wissenschaft – weniger Publikationen, kaum zitiert

Wissenschaftliche Texte, in denen Frauen eine prominente Rolle einnehmen, werden weniger oft zitiert als Aufsätze von männlichen Erst- oder Alleinautoren. Zu diesem Ergebnis kommt ein kanadisch-amerikanisches Forscherteam, das mehr als fünf Millionen Publikationen aus 200 Ländern ausgewertet hat. Aus der Studie, die in der Zeitschrift *Nature* erschien, geht hervor, dass auf jeden Forschungsbeitrag einer Frau zwei Beiträge von Männern kommen, obwohl in vielen Ländern mehr Frauen als Männer studieren. Ausschlaggebend sei, dass Wissenschaftler oft einen höheren Status als ihre Kolleginnen und damit leichter Zugang zu Forschungsgeldern hätten.

Professorinnen – mehr Teilzeit, mehr Befristungen

Die »gläserne Decke« kommt auch in anderen Daten zum Ausdruck. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) des Bundes und der Länder, Nachfolgeeinrichtung der Bund-Länder-Kommission (BLK), hat Datenmaterial 2011/2012 zum Thema »Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen« vorgelegt. Seit Beginn der Datenerhebung zu diesem Thema (1992) hat sich der Anteil der

Frauen an Hochschulen wie folgt gesteigert: bei den Erstimmatrikulationen von 43,3 Prozent auf 46,6 Prozent, bei den Studienabschlüssen von 39,6 auf 51,0 Prozent, bei den Promotionen von 28,9 auf 44,9 Prozent, schließlich bei den Habilitationen von 12,9 auf 25,5 Prozent. Der Professorinnenanteil liegt aktuell bei 19,9 Prozent (1992: 6,5 Prozent). Allerdings verraten die Daten auch, dass die Beschäftigungsbedingungen von Professorinnen im Durchschnitt ungünstiger sind – und damit die Erfolgchancen bei den gängigen akademischen Indikatoren (Forschungsgelder, Publikationen). Von den insgesamt 8525 Professorinnen arbeiten 10,4 Prozent in Teilzeit (bei den Männern beträgt dieser Anteil 5,9 Prozent). 24,3 Prozent der Professorinnen sind befristet angestellt, aber nur 16,3 Prozent der Professoren. (Die Materialien können bei der GWK heruntergeladen werden: <http://www.gwk-bonn.de/index.php?id=202>).

Auftragsforschung für das US-Militär

Im November letzten Jahres wurde in Folge von Recherchen des Norddeutschen Rundfunks und der *Süddeutschen Zeitung* bekannt, dass das Pentagon seit längerem Forschungsprojekte an deutschen öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen finanziert. (vgl. dazu die Erklärung des BdWi-Vorstandes: <http://www.bdwi.de/show/7255633.html>) Die Linke im Bundestag legte im Dezember mit einer Kleinen Anfrage nach, ob die Bundesregierung von diesen und ähnlichen Projekten gewusst habe und wie sie diese bewerte. In der Antwort informierte die Bundesregierung über 42 (bisher so nicht bekannte) Forschungsprojekte an staatlich finanzierten hochschulfreien Forschungseinrichtungen (Max-Planck-Institute, Fraunhofer-Institute, Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt). 33 von diesen Projekten würden vom US-Verteidigungsministerium finanziert (insgesamt 4,6 Mio. Euro), 9 Projekte aus den Verteidigungsetats von Singapur, Großbritannien, Korea, Australien und der Schweiz (gesamt: 4,4 Mio. Euro). Drei Viertel dieser 42 Projekte seien in den letzten fünf Jahren begonnen worden, was sich durchaus als dynamische Militarisierung der Wissenschaft interpretieren lässt. Die Bundesregierung äußerte sich ausschließlich zu (von ihr ko-finanzierten) hochschulfreien Forschungseinrichtungen und lehnte jegliche Aussage zu den Hochschulen ab. Begründung: Dies sei der Verantwortungsbereich der Länder. Handlungsbedarf werde nicht gesehen. Bei den Projekten handle es sich »zu einem erheblichen Anteil um erkenntnisorientierte Grundlagenforschung« oder für die zivile Forschung würden – im Falle von Anwendungsorientierung – zusätzliche Impulse gewonnen (das Dual-Use-Argument). Folglich bleiben etliche Fragen offen. Gibt es etwa über die bisher bekannt gewordenen Projekte hinaus weitere vom Ausland finanzierte Rüstungsforschung an öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen? Werden zusätz-

lich zur bekannt gewordenen Pentagonforschung auch aus anderen Verteidigungsetats Forschungsprojekte etwa an Hochschulen finanziert? Das kann nach Lage der Dinge nur über die Landtage in Erfahrung gebracht werden – und sollte die Debatte um Zivilklauseln beflügeln.

Universität Tübingen ehrt Walter Jens

Mit einer akademischen Gedenkfeier in der Universität Tübingen haben Vertreter von Politik, Kultur und Wissenschaft am 24. Januar 2014 Professor Walter Jens gedacht, der am 9. Juni 2013 im Alter von 90 Jahren verstorben ist. »Walter Jens war die Leitfigur einer ganzen Generation politisch interessierter Christen, Sozialisten, Linksliberaler, Pazifisten und Wissenschaftler vor und nach 1968, ganz besonders solcher, die in unserem Bundesland lebten«, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner Rede. Jens, der auch als Schriftsteller, Literaturkritiker und Übersetzer hervortrat, wurde 1956 als Professor für Klassische Philologie an die Universität Tübingen berufen. Von 1963 bis zu seiner Emeritierung 1988 war er Direktor des Tübinger Seminars für Allgemeine Rhetorik. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, Ehrungen und Preise. Von 1976 bis 1982 sowie 1988 bis 1989 war Jens Präsident des bundesdeutschen PEN-Zentrums. Von 1989 bis 1997 war er Präsident der Berliner Akademie der Künste. »Er hat als herausragender, hoch angesehener Gelehrter und Wissenschaftler bleibende Akzente gesetzt«, sagte der Rektor der Universität, Professor Bernd Engler. Walter Jens sei ein »gelehrter Schriftsteller, ein schreibender Gelehrter« gewesen, sagte der Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Professor Heinrich Detering: »Seine so viel diskutierte Rhetorik hat Walter Jens, auch wenn er der Verführung des kunstvoll Gekonnten nicht immer widerstand, doch mit aller Entschiedenheit nicht als Überwältigung der Vernunft seiner Zuhörer betreiben wollen, sondern im Gegenteil als ein Kenntlichmachen, ein Durchsichtigmachen des eigenen Arguments.«

Für den erkrankten Schriftsteller und Ehrensator Peter Härtling verlas der Radiosprecher und Moderator Rudolf Guckelsberger dessen Nachruf auf Walter Jens. Der Verstorbene sei schon als junger Professor zur Legende, dann zur Institution geworden. Als strengen Literaturkritiker habe Härtling ihn in der Gruppe 47 kennen gelernt, später auch in der Jury des Klagenfurter Literaturpreises: »Er konnte scharf und heftig werden, doch nie beleidigend, nie schlug er zu.« Härtling erinnerte an das Engagement von Walter Jens in der Friedensbewegung und sein Wirken als Präsident der Berliner Akademie der Künste: »Die Wende, der Fall der Mauer sorgten dafür, dass die Akademien, West und Ost, zu vereinen waren.« Auch gegen politischen Widerstand habe Jens gemeinsam mit dem Dramatiker Heiner Müller die Vereinigung durchgesetzt.